

**Geschäftsführer Sebastian Chwala**

Bahnhofstr. 6  
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 23. November 2016

## **Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 18.11.2016**

### **Erhöhung der KiTa-Gebühren – Gewerbesteuer unantastbar – Sanierung der Weidenhäuser Brücke gestrichen**

Im Mittelpunkt der Stadtverordnetenversammlung vom letzten Freitag standen einmal mehr die Pläne des Oberbürgermeisters Thomas Spies (SPD), Steuerausfälle bei Großunternehmen und ein vermeintliches Haushaltsdefizit auf die Marburger Bürger/innen abzuwälzen.

Erneut waren **Gebührenerhöhungen für die Kinderbetreuung** auf der Tagesordnung. OB Spies argumentierte, man würde zwar sehr ungern die finanziellen Belastungen für die Eltern erhöhen, da die SPD schließlich für kostenfreie Betreuungsangebote eintrete. Die angespannte Haushaltslage ließe es aber nicht anders zu. Deshalb seien Erhöhungen der Gebühren in einem angemessenen Rahmen vertretbar. Die Marburger CDU, die vor wenigen Jahren noch ein kostenloses Kindergartenjahr gefordert hatte, nutzte die Debatte, um noch einmal darauf hinzuweisen, wie sehr man doch in den vergangenen Jahren und Monaten gewarnt hätte, dass Marburg über seine Verhältnisse gelebt habe. Da auch die Marburger SPD seit Monaten nur noch das Wort „Haushaltskonsolidierung“ im Munde führt, deuten alle Zeichen mehr denn je in Richtung Große Koalition.

Durch die starke Präsenz von Eltern, die ihrem Protest gegen die Gebührenerhöhung sowohl in dieser aber auch schon in der letzten Stadtverordnetenversammlung entschlossen Ausdruck verschafft hatten, entschieden sich SPD und CDU samt der Bürger für Marburg (BfM) die Gebührenerhöhung nicht in der ursprünglichen Höhe und nicht auf einen Schlag durchzuführen, sondern sie auf mehrere Jahre zu strecken. Gleichzeitig sollen Geringverdienende, die knapp über jener Bemessungsgrenze liegen, die zu einer Gebührenbefreiung führen könnte, entlastet werden. Künftig sollen nur noch 40 statt der bisherigen 50 Prozent des zusätzlich erzielten Einkommens für die Betreuungskosten der Kinder anrechenbar sein.

Diesem Kompromiss schloss sich dann auch die Fraktion von Bündnis 90 /Die Grünen an, weil versprochen wurde, dass die Erhöhungen in die Qualitätsverbesserung fließen würden. Die Einhaltung dieses Zusatzes lässt sich allerdings nicht kontrollieren, da die jährliche Subvention der Kindergärten um ein Mehrfaches höher ist als die zusätzlichen Einnahmen. Die Marburger Linke, der Vertreter der Piraten und die FDP/MBL-Fraktion stimmten gegen die Erhöhung. Dass die Gebührenerhöhung nicht ganz so drastisch ausfällt, ist insbesondere ein Teilerfolg für die kämpferischen Eltern, die sich engagiert für ihre Interessen eingesetzt haben.

Die Forderungen der Marburger Linke, die finanzielle Situation der Stadt durch eine angemessene Erhöhung der **Gewerbesteuer** auf den für vergleichbar große deutsche Städte durchschnittlichen Hebesatz von 430 Punkten zu verbessern, wurde vom OB mit dem Hinweis auf die Gefähr-

dung des Standortes zurückgewiesen. Die Marburger LINKE will vor allen Dingen eine stärkere Belastung der Marburger Pharmariesen erreichen. So betrug z.B. der letzte Jahresgewinn von CSL Behring 494 Millionen Euro, doppelt soviel wie die gesamten Ausgaben der Stadt Marburg. Wieder einmal wurde mit dem Hinweis auf das angeblich „scheue Reh“ Kapital die faire Beteiligung an den zu stemmenden öffentlichen Aufgaben einfach auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Marburg abgewälzt, die in Zukunft ohnehin schon mit höheren Strom- und Müllgebühren belastet werden.

Doch wer glaubt diese unvernünftige Politik der inoffiziellen Koalition aus SPD, CDU, BfM wäre damit an ihrem Gipfelpunkt angelangt, musste sich zu später Stunde noch eines Besseren belehren lassen. So wurde nicht nur beschlossen, eine sofortige generelle Stellenbesetzungssperre in Kraft zu setzen, sondern auch die dringend notwendige **Instandsetzung der Weidenhäuser Brücke**, für die ein Förderungsbescheid über 3 Mio. Euro des Landes Hessen vorliegt, wurde gestrichen. Eine politische Posse, deren einziges Ziel wohl die Bloßstellung der Grünen und ihres Baudezernenten Franz Kahle und dessen angeblichen unseriösen Finanzplanung ist, Nachwirkungen der seit den Kommunalwahlen im März diesen Jahres beendeten rot-grünen Koalition. Auch hier stimmte die Fraktion der Marburger Linken natürlich mit „nein“.

Trotz der schwierigen politischen Verhältnisse, die derzeit in der Stadt herrschen, gelang es uns als Marburger Linke zum Schluss wichtige Erfolge zu erzielen. So beschloss die Fraktion gemeinsam mit SPD, CDU, Grünen und BfM eine Konzeptstudie zur Umsetzbarkeit einer Straßenbahn in Marburg zu prüfen. Eine Forderung, die wir auch in der letzten Legislaturperiode und in unserem Wahlprogramm erhoben hatten.

Darüber hinaus wurden erstmals Vertreterinnen und Vertreter der **„Marburger Linken“ in fast alle Aufsichtsgremien** der städtischen Betriebe gewählt. Damit besteht für die Marburger Linke die Möglichkeit, diese Unternehmen, die bisher unter alleiniger Aufsicht von SPD, CDU und Grünen oft ein Eigenleben führten, im Interesse der Bürgerinnen und Beschäftigten zu kontrollieren.

So vertreten uns in Zukunft die Stadtverordneten Henning Köster-Sollwedel in der Betriebskommission des Dienstleistungsbetriebs Marburg (DBM), während Renate Bastian, Tanja Bauder-Wöhr und Inge Sturm jeweils in die Aufsichtsräte der Marburger Altenhilfe St. Jakob, der Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg (SEG) und der Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH gewählt wurden. Jan Schalauske war bereits im Monat zuvor erfolgreich bei der Wahl in den Aufsichtsrat der Stadtwerke. Nur bei der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau wird die Marburger Linke noch immer draußen gehalten.

Mit freundlichen Grüßen

### **Eure Fraktion Marburger Linke**

Jan Schalauske

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr

Roland Böhm

Henning Köster-Sollwedel

Elisabeth Kula

Jonathan Schwarz

Inge Sturm